

Wer von "unsozialer Politik des Senats" redet, sollte auch von Hartz sprechen:

„Euch Spackos kürzen wir die Stütze!“

Kein Nachschub für Nürnberg? - Erwerbslose, Langzeitarbeitslose, SozialhilfebezieherInnen werden weiter ausgepreßt und ausgebeutet!

Der Volkswagen-Konzern bestätigte, es sei "im Interesse der Unternehmen, zunächst ältere, leistungsgeminderte Arbeitnehmer freizusetzen".

An den Gesetzesänderungen aufgrund der Hartz-Pläne haben die Gewerkschafts-Funktionäre ebenso mitgestrickt wie an den übrigen Kürzungen der neuen Legislaturperiode im Sozialbereich:

- ◆ Massive Kürzung der Arbeitslosenhilfe für Verheiratete als erster Schritt zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Sozialgeld ab 1.1.2004
- ◆ Reduzierung der Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfe-Bezieher
- ◆ Aufhebung des Kündigungsschutzes für über 50jährige Erwerbslose, massive Diskriminierung durch Zwang zur Arbeitsaufnahme über den "Entgeltssicherungs-Zuschuß" und "Brückengeld" bis zur Frühverrentung mit 60 Jahren (zur Sozialhilfe-Rente)
- ◆ Einführung der Zwangsarbeit in den PSA (PrivateSkavenAnstalt) des Arbeitsamtes für Langzeitarbeitslose, Ungelernte, Hilfsarbeiter & SozialhilfeempfängerInnen zu tariflichen Eingliederungslohngruppen mit weit mehr als 10% Abschlag bis zu einem Jahr
- ◆ Kürzung der ABM und Fortbildungsmaßnahmen auf "höchstens 1 Jahr, meistens aber 6 Monate", um neuen Arbeitslosengeld-Anspruch weg zu bekommen, der bisher nach 12 Monaten bestand.

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend verkommt seitens aller Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre immer mehr zum Kampf gegen die Elenden und Erwerbslosen! Das "Wer soll das bezahlen?"-Gewinsel beantwortet die rot-grüne Regierung einfach mit: "Ihr!" statt den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen. Aber Sozialismus kann mensch von bürgerlichen Demokraten eben nicht erwarten. *Wir wollen keine Almosen!*

Es geht also um einen massiven Angriff auf die Arbeiterklasse, die stärkerem sozialen Zwang unterworfen werden soll, während es sich die "Neue Mitte" weiterhin leisten kann, sich privat zu versichern, um soziale Sicherheit zu erkaufen. Der Staat kündigt der Arbeiterklasse alle Sozialversicherungssysteme zugunsten von privaten Versicherungen, die sich unterbezahlte ArbeiterInnen nicht mehr leisten können.

Bereits vor dem "Schwarzen Mittwoch", dem 13. November, als die massiven Steuerausfälle öffentlich zugegeben wurden, hatte Schröder im Parlament das Ende des Wohlfahrtsstaates und härtere Zeiten angekündigt.

Kein Nachschub für Gerster's Nürnberg
Unbrauchbare Erwerbslose fliegen aus dem Leistungsbezug - sie kriegen Sozialgeld, allerdings erst dann, wenn sie "arbeitsuntauglich" sind!

So soll erreicht werden, dass Nürnberg keinen Nachschub mehr bekommt - damit werden Hunderttausende der über 4 Millionen Erwerbslosen zur unbrauchbaren, "leistungsgeminderten" Reserve deklassiert, die sich zukünftig mit Sozialgeld über Wasser halten müssen.

Effektive Aktionsformen müssen her!

Wir brauchen drastischere Aktionsformen gegen Ausbeutung und Verelendung. Wir lassen uns von "Sozial"-Politikern, angeblichen Sachzwängen und Pseudo-Gewerkschaftern nicht weiter verarschen!

Praktische Aktionen, die die soziale Lage von Betroffenen wirklich verändern, können wir aus Argentinien lernen: dort blockieren Arbeitslose Hauptstraßen oder sie stürmen kollektiv Supermärkte, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen.

Gegen Zwangsarbeit, Deregulierung und Massenverelendung!



Informations-Abend

für Leute, die aktiv gegen die Hartz-Politik der Regierung und Gewerkschaften kämpfen wollen.

5. Dezember - nach der DGB-Demo - 19.30 Uhr
im Libertäres Zentrum, Fettstr. 23 in Eimsbüttel (S-Sternschanze)

FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION - FAU-IAA

ViSdP.: Star Bucks, Mexikoring 94, Hamburg